



Bundesvereinigung Opfer der NS - Militärjustiz e.V.

Gemeinnützig anerkannter Verein

28757 Bremen Aumunder Flur 3A Telefon und Fax 04 21/66 57 24

www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

An

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herrn Jann Jakobs **persönlich**
Fr.-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Bremen, den 21.10.2013

Betr.: Presseberichte zur Gedenkstätte Lindenstraße 54

Sehr geehrter Herr Jakobs,

mit einiger Besorgnis habe ich die letzten Presseberichte über die Gedenkstätte in der Potsdamer Lindenstraße 54 gelesen. Da ich Sie vor einigen Jahren bei der Eröffnung der Ausstellung „Was damals Recht war ...“ in den Potsdamer Bahnhofspassagen persönlich kennengelernt habe, erlaube ich mir, mich nun an Sie persönlich zu wenden.

Mit den Entwicklungen in der Lindenstraße bin ich als Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und als fast letzter Überlebender unserer Opfergruppe sehr unzufrieden. Unser Opferverband ist bis heute nicht in die Erarbeitung der Dauerausstellung zur NS-Zeit in der Potsdamer Lindenstraße einbezogen worden. In anderen Städten ist es üblich, Ausstellungstexte vorab abzustimmen und unsere Bundesvereinigung zur Eröffnung von Ausstellungen, die uns betreffen, um einen Redebeitrag zu bitten. Das alles ist in Potsdam nicht geschehen. Wir waren nicht einmal eingeladen, als am 12.09.2013 das neue Ausstellungsmodul eröffnet wurde. Anderslautende Behauptungen der Gedenkstättenleitung entsprechen nicht den Tatsachen. Wir bitten Sie, dies öffentlich richtig zu stellen.

Bereits vor geraumer Zeit haben wir in einer ausführlichen Stellungnahme unsere Kritikpunkte an der Gedenkstättenarbeit dargelegt. Bis heute haben wir keine Information, ob auf unsere Änderungswünsche und Forderungen eingegangen werden soll. Besonders liegt uns am Herzen, dass die durch das Naziregime Verfolgten nicht gegenüber den nach 1945 Inhaftierten vergessen und benachteiligt werden. Deshalb haben wir die Änderung des Namens der Gedenkstätte vorgeschlagen, getrennte Beiräte angeregt und einen eigenen würdigen Gedenkort für die Opfer des Naziregimes gefordert. Aus Erfahrungen in anderen Städten – wie z.B. in Torgau - wissen wir, dass sich unter den nach 1945 Inhaftierten auch zahlreiche NS-Täter befanden, die an der Verfolgung unserer Opfer mitgewirkt haben. Daher ist ein gemeinsamer Gedenkort mit den nach 1945 Verfolgten für uns ausgeschlossen. Ich bitte Sie, mir schnell mitzuteilen, wann wir damit rechnen können, dass es auch in der Gedenkstätte Lindenstraße einen Ort gibt, an dem wir für unsere ermordeten Opfer zumindest einen Blumenstrauß niederlegen können.

In der neuen Ausstellung wird dokumentiert, dass die Opfer der NS-Militärjustiz zu den größten Opfergruppen gehören, die in der Lindenstraße verfolgt wurden. Ich bitte Sie hiermit, die Urteile und Akten, die unsere Opfergruppe betreffen, unserer Bundesvereinigung zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Baumann

Vorsitzender:
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg